

„Die EU nicht überdehnen“

Dr. Markus Pieper zieht Bilanz nach einem Jahr im Europäischen Parlament

Lotte/Brüssel. Nach den Wahlen im Juni 2004 tauschte der Halener Dr. Markus Pieper seinen Chefessel bei der IHK Osnabrück gegen den Sitzplatz Nummer 511 im Europäischen Parlament. Jetzt liegt das erste Jahr als Abgeordneter hinter ihm. Zeit für ein Resümee. Im Gespräch mit Christina Fischer zog Pieper eine Bilanz.

Frage: Herr Pieper, als Sie europäisches Parkett betreten, begaben Sie sich nicht auf völliges Neuland. Als Geschäftsführer der IHK hatten Sie bereits etliche EU-Projekte geleitet, vertraten die IHK in EU-Konsultationsrunden der Landesregierung und waren Lehrbeauftragter der Uni Osnabrück für europäische Industriepolitik. Gab es dennoch etwas, das Sie an ihrem neuen Arbeitsplatz überraschte?

Pieper: Erstaunt war ich, wie schnell man für nicht ganz unwichtige Themen in Verantwortung kommt. So darf ich für die deutsche CDU-Gruppe die EU-Strukturpolitik und teile des Wettbewerbsrechts erarbeiten. Das war eine sehr angenehme, motivierende Erfahrung. Positiv überrascht war ich auch davon, dass auf europäischer Ebene oft keine starren Parteideologien regieren, sondern sachorientiert gearbeitet wird. Dies gilt zwar nicht für einige Grundsatzthemen – hier wären die Türkei und der Stabilitätspakt zu nennen –, aber ansonsten spielt die Parteizugehörigkeit häufig keine Rolle. Ausschlaggebend sind eher unterschiedliche Länderinteressen.

Frage: Haben Sie auch negative Erfahrungen gemacht?

Pieper: Als enttäuschend empfinde ich, dass die Entscheidungsstrukturen derart komplex sind, so dass es sehr lange dauert, bis endlich eine politische Entscheidung ge-

troffen wird. Das ist auch der Hauptgrund dafür, dass die erzielten Kompromisse dann oft so kompliziert sind.

Frage: Können Sie hierfür ein Beispiel nennen?

Pieper: Gerne. Nehmen Sie nur die EU-Chemikalien-Politik. Der Verordnungsentwurf der Kommission zählt 1200 Seiten. Was da an Kreativität zu viel drin steckt, steckt an anschließender Vollzugskontrolle zu wenig drin. Hier offenbart sich das Strukturproblem: Diese 1200 Seiten werden vom Ministerrat – also 25 Fachministern der Nationalregierungen – durchgeführt. Parallel dazu streitet sich das Europäische Parlament in etlichen Ausschüssen um dieselben Seiten. Vorläufiges Zwischenergebnis: 4000 Änderungsanträge von EU-Abgeordneten.

Frage: Wagen Sie eine Prognose für das Endergebnis?

Pieper: Irgendwann werden die Verhandlungen zwischen Ministerrat und Parlament in

INTERVIEW

einen Kompromiss münden. In ein oder zwei Jahren ist die neue Verordnung dann da, und der kleine Mittelständler muss sie anwenden. Diese zwei Welten – hier der Gesetzgeber, dort der Anwender – passen nicht zusammen.

Frage: Was müsste denn passieren, um sie passend zu machen?

Pieper: Erstens müsste die Kommission verschlankt und auf das wirklich notwendige Maß begrenzt werden. Zweitens müssten wir über kleinere Gesetzespakete verhandeln, Stück für Stück, anstatt alles auf einmal lösen zu wollen. Das ist das Grundproblem von Europa. Wir dürfen nicht schneller sein, als es die Akzeptanz der Menschen beziehungsweise die Wirtschaft zulässt.

Frage: Wo geht es Ihnen

herrscht Ihnen auch bei der politischen Integration. Was meinen Sie damit konkret?

Pieper: Die Gesetzgebungsverfahren, die auf den gemeinsamen Markt, Wettbewerbsregeln und einheitliche Standards zielen. Wir brauchen Europa zwar zur Vorbereitung auf die Globalisierung, und in vielen Dingen hat die EU auch Recht. Sie vergisst aber, die Menschen vor Ort mitzunehmen. Erst muss man die Leute von der Sinnhaftigkeit überzeugen, dann kann man neue Verordnungen in die Welt setzen. Nicht umgekehrt. Sonst bleibt nämlich die Akzeptanz der Menschen auf der Strecke.

Frage: Und diese unterwegs liegende Akzeptanz wurde dann zum Fallstrick für die Verfassungsreferenden?

Pieper: Letztlich ja. Wir brauchen Europa dringender denn je, müssen uns aber vor einer detailversessenen Regelungswut hüten. Auch dürfen wir die europäische Idee nicht überfrachten und mit zu viel Bürokratie gefährden.

Frage: Wie bewerten Sie das Scheitern der Verfassung politisch?

Pieper: Zurzeit brauchen wir keine europäische Verfassung. Soweit sind wir noch nicht mit der europäischen Idee. Wir brauchen aber zum Teil schon, was in der Verfassung drin stand: Mehrheits- statt Einheitsprinzip im Ministerrat, Subsidiaritätskontrolle, spricht: Die Zuständigkeit für regionale Belange verbleibt bei den Regionen. Es bedarf also durchaus einer neuen vertraglichen Grundlage, aber die muss nicht Verfassung heißen. Eine Ergänzung der Nizza-Verträge, auf denen Europa heute basiert, würde vollkommen ausreichen. Und wenn die Politik bewiesen hat, dass sie bürgernah ist, dann können wir irgendwann wieder über eine Verfassung reden.

An der Lotter Basis ist der EU-Abgeordnete Markus Pieper nicht nur in den Parlamentsferien häufiger zu sehen.

Foto: Christina Fischer

zu schnell?

Pieper: Zum einen bei der räumlichen Erweiterung, zum anderen bei der Geschwindigkeit, mit der wir die politische Integration voranbringen wollen.

Frage: Mit der räumlichen Erweiterung spielen Sie wohl auf die Türkei an?

Pieper: Ja. Wir sind dabei, Europa zu überdehnen. Bevor wir über neue Beitrittskandidaten reden, sollte erst mal das Europa der 25 respektive 27 konsolidiert sein.

Frage: Und wie soll mit der Türkei verfahren werden?

Pieper: Ich plädiere für das Modell der privilegierten Partnerschaft: Eine freie Handelszone, das macht Sinn. Europäische Förderprogramme, die beim Aufbau demokratischer Strukturen helfen, machen auch Sinn. Aber die Türkei darf nicht in die Mechanismen der Agrar- und Strukturförderung kommen. Das wäre nicht zu bezahlen. Obendrein würde uns die Arbeitnehmerfreizügigkeit gerade in Deutschland Dumpinglöhne bescheren.

Frage: Zu viel Eile